

# KINDER- UND JUGENDPROGRAMM

Forderungen an die neue Bundesregierung aus Kinder- und  
Jugendperspektive

31.10.2017



## Einleitung

Eine der zentralen Aufgaben der Bundesjugendvertretung (BJV) ist es, die Anliegen von Kindern und Jugendlichen in aktuelle politische Debatten einzubringen und sich für ihre Interessen einzusetzen. Die Nationalratswahlen 2017 bringen eine neue Chance mit sich, Jugendagenden verstärkt im Arbeitsprogramm der künftigen Regierung zu verankern.

Rund um die Koalitionsverhandlungen hat die BJV daher ihre Forderungen zu den derzeit brennenden Kinder- und Jugendthemen zusammengefasst. Der vorliegende Forderungskatalog wird den VerhandlerInnen als Input aus Kinder- und Jugendperspektive übermittelt. Zu betonen ist dabei, dass Jugendanliegen als Querschnittsmaterie zu behandeln sind: Nahezu alle politischen Entscheidungen haben spezifische Auswirkungen auf junge Menschen.

Bei der Erarbeitung eines neuen Regierungsprogramms ist es daher unerlässlich, die Anliegen junger Menschen quer durch die Ressorts einzubeziehen und ihre Vertretung in die Debatte einzubinden. Die BJV ruft die verhandelnden Parteien daher auf, Jugendpartizipation ernst zu nehmen und von Beginn an in ihrer politischen Arbeit zu verankern.

Als Expertin in Kinder- und Jugendfragen steht die BJV gerne für Gespräche zur Verfügung. Als Ziel müssen Maßnahmen erarbeitet werden, die im Laufe der nächsten Legislaturperiode tatsächlich im Alltag von Kindern und Jugendlichen ankommen und ihre Lebenssituation verbessern.



Die BJV ruft die künftige Bundesregierung dazu auf, sich insbesondere mit folgenden Themenfeldern auseinanderzusetzen:

Mitbestimmung und Teilhabe

Kinder- und Jugendrechte

Nachhaltigkeit und Gesundheit

Arbeitsmarkt

EU und Internationales

Bildung

Diversität und Integration

Gender Equality

Netzpolitik und Digitalisierung

Leistbares Leben



## I. Mitbestimmung und Teilhabe

Kinder und Jugendliche brauchen eine starke Stimme in Politik und Öffentlichkeit. Sie müssen ihre Lebensbedingungen aktiv mitgestalten können. Daher muss ihre Partizipation auf unterschiedlichen Ebenen gefördert und gewährleistet werden.

Wir fordern:

**Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in allen Bereichen, die sie betreffen.**

### Das heißt:

- **Mitbestimmungsmöglichkeiten für junge Menschen** auf allen Ebenen (Gemeinde/Land/Bund/EU) – Fokus auf benachteiligte Gruppen. Gesetzliche Verankerung von SchülerInnenparlamenten, Ausbau von Jugendgemeinderäten und studentischer Mitbestimmung
- **Inflationsanpassung der Kinder- und Jugendförderung**, Absicherung der Bundesjugendvertretung und der Kinder- und Jugendarbeit
- **Flächendeckende Umsetzung von Politischer Bildung** als eigenes Schulfach ab der 5. Schulstufe in allen Schulformen
- **Stärkung der Jugendstrategie:** Einführung von Jugendbeauftragten in Ministerien, Aufwertung der „WFA Kinder und Jugend“ (wirkungsorientierten Folgenabschätzung) zu einem wirksamen Tool, das die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen im Gesetzgebungsprozess vorsieht
- **BenutzerInnenfreundlicher, niederschwelliger und barrierefreier Zugang für alle zu Informationen aus Politik und Verwaltung** (bspw. Open Government – d.h. Transparenz und direkter Zugang zu Politik und Verwaltung, Vermittlung in leicht verständlicher Sprache)



## II. Kinder- und Jugendrechte

Kinder und Jugendliche haben Rechte. Diese Rechte gilt es zu wahren und zu verstärken, in allen Lebensbereichen.

Wir fordern:

**Recht auf KINDSEIN für alle Kinder, egal woher sie kommen und in welchem Umfeld sie aufwachsen!**

### Das heißt:

- **Vollständige Umsetzung und Verankerung der UNO-Kinderrechtskonvention** in der Bundesverfassung
- **Einführung einer bundesweit einheitlichen universellen Kindergrundsicherung**, die soziale Sicherheit ermöglicht und Kinderarmut effektiv bekämpft
- **Ausbau der Kinderbetreuung** mit geeignetem Betreuungsschlüssel und ganztägigen Öffnungszeiten, die sich an den Bedürfnissen von berufstätigen Eltern orientieren
- **Einheitliche Qualitätsstandards im Kinder- und Jugendhilfebereich** sowie umfassende Verantwortung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
- **Einheitliche Jugendschutzregelungen** für ganz Österreich
- **Volle Gleichstellung von Wehr- und Zivildienern** (insbesondere Angleichung der Dauer auf 6 Monate), Erhöhung der Entschädigung, ausreichende Information über alle Möglichkeiten von Alternativdiensten spätestens zum Zeitpunkt der Stellung und rechtzeitige Benachrichtigung vor Ablauf der Beantragungsfrist



### III. Nachhaltigkeit und Gesundheit

Kinder und Jugendliche haben das Recht auf eine gesunde Umwelt und ein gesundes Leben. Entscheidungen, die jetzt getroffen werden, beeinflussen ihr Leben nicht nur heute, sondern auch in Zukunft massiv.

Wir fordern:

**Gesund und selbstbestimmt aufwachsen.**

#### Das heißt:

- **Umfassende Förderung des Klimaschutzes**, bspw. durch flächendeckenden Umstieg auf Ökostrom bis 2030 und ökologische Steuerpolitik
- **Leistbare, umwelt- und gesundheitsfreundliche Mobilität**: Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel, österreichweites Jugendticket, Investitionen in Forschung und Entwicklung zur Senkung von Emissionen im Individualverkehr
- **Konsequente Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs)** und Erstellung einer übergeordneten und ministeriumsübergreifenden SDG-Strategie unter Einbindung der Zivilgesellschaft
- **Österreichweit bedarfsgerechter Ausbau von diagnostischen und therapeutischen Angeboten** und Abschaffung der privaten Zuzahlungen bei Physio- und Ergotherapie, Logopädie, Psychotherapie sowie Kinder- und Jugendpsychiatrie
- **Zugang zu gesunder Ernährung** (bspw. gesundes Mittagessen für Kinder in allen Bildungseinrichtungen) und Bewegungsmöglichkeiten sowie Informationen für Kinder und Eltern
- **Leistbare Verhütungsmittel** für junge Menschen und flächendeckende Aufklärung und Beratung zu Sexualität und sexueller Selbstbestimmung



## IV. Arbeitsmarkt

Kinder und Jugendliche und deren Eltern brauchen Arbeitsplätze, die qualitativ und fair entlohnt sind und genug Zeit für das Leben abseits der Erwerbsarbeit lassen.

Wir fordern:

**Jobs, die sich wirklich lohnen und die mit dem Leben junger Menschen vereinbar sind!**

### Das heißt:

- **Bekämpfung von prekären Arbeitsverhältnissen**, inklusive unbezahlter Praktika und Bekämpfung der Aushöhlung arbeitsrechtlicher Schutzstandards, bspw. Scheinselbständigkeit
- **Förderung des JungunternehmerInnentums**, bspw. durch schulische und außerschulische Angebote der „Entrepreneurship Education“ sowie jugendspezifische Beratungs- und Coachingangebote; Abbau von Hürden bei freiwillig gewählter Selbständigkeit
- **Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit**, wie flächendeckende AMS-Stellen für Jugendliche, geschlechter- und diversitätssensible Berufs- und (Aus-)bildungsorientierung
- **Stärkung der Lehre:**  
Förderung der betrieblichen Lehrausbildung, regelmäßige Qualitätskontrollen (auch bei der überbetrieblichen Lehrausbildung), Schaffung eines Fonds für Jugendbeschäftigung (Orientierung am Modell der Vorarlberger Metallindustrie) und Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Lehrausbildung
- **Arbeitszeitverkürzung** durch Zugang für alle zur sechsten Urlaubswoche und **flexiblere Arbeitszeiten** zur Stärkung der Vereinbarkeit mit unterschiedlichen Lebenssituationen



## V. EU und Internationales

Das Leben von Kindern und Jugendlichen wird von globalen Zusammenhängen beeinflusst. Entscheidungen dürfen nicht kurzfristig getroffen werden, sondern müssen in einen europäischen und internationalen Kontext gesetzt werden.

Wir fordern:

**Bekennnis zu einem gemeinsamen Europa und globaler Verantwortung.**

### Das heißt:

- **Jugendpartizipation auf allen europäischen und internationalen Ebenen,** Weiterentwicklung des EU-weit etablierten Instruments des **Strukturierten Dialogs:** In Österreich sollen die Ergebnisse dieses Beteiligungsprozesses verbindlich bearbeitet und umgesetzt werden.
- **Weiterentwicklung der EU-Jugendstrategie:** Die neue EU-Jugendstrategie, die unter Österreichs EU-Ratspräsidentschaft 2018 beschlossen wird, soll sich an konkreten, spezifischen und messbaren Zielen orientieren (Youth Goals for Europe).
- **Internationale Mobilität** fördern, von Erasmus bis Interrail
- **Ausbau von (europa)-politischer Bildung und Globalem Lernen** (Vermittlung von Wissen über weltweite Zusammenhänge und für verantwortungsvolles Handeln) sowie internationalen Austauschprojekten und Partnerschulen
- **Gesamteuropäische Initiativen und Lösungen gegen Jugendarbeitslosigkeit**





## VI. Bildung

Kinder und Jugendliche haben das Recht auf eine gute und zukunftsträchtige Bildung. Hier stellen sich entscheidende Weichen für ihr späteres Leben, dementsprechend wichtig ist es, hier weitsichtige Politik zu betreiben.

Wir fordern:

**Schule als Ort, an dem sich junge Menschen gerne aufhalten und wo sich ihre Lebensrealitäten wiederfinden.**

### Das heißt:

- **Verankerung von Bildungsinhalten der Zukunft** in die PädagogInnen-Ausbildung und damit im Unterricht, z.B. digitale Medien & Diversität
- **Neuorientierung des Unterrichts:**  
Flexiblere Unterrichtsgestaltung (projektbezogenes und fächerübergreifendes Lernen), modulare Oberstufe mit Kurssystem, Stärkung und Förderung von Potenzialen
- **Finanzierung und Ausstattung von Schulen** im Sinne eines förderlichen Lern- und Lebensumfelds
- **Ausbau des Angebots an SozialarbeiterInnen, PsychologInnen und MediatorInnen** an Schulen
- **Stärkung der non-formalen Bildung** als Lernraum und Anerkennung der erworbenen Kompetenzen
- **Förderung qualitätsgesicherter Ausbildungen** für Personen, die in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit tätig sind



## VII. Diversität und Integration

Kinder und Jugendliche sind keine große Einheit, sie sind unterschiedlich und einzigartig. Alle von ihnen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, körperlichen Fähigkeiten oder sonstigen Faktoren, haben die gleichen Chancen verdient.

Wir fordern:

**Eine inklusive Gesellschaft und solidarisches Zusammenleben.**

### Das heißt:

- **Barrierefreier Zugang** zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt, umfassende Inklusion von Menschen mit Behinderung
- Auseinandersetzung mit und **Bekämpfung von Diskriminierung und Extremismus**
- **Gelebte Diversität in der Schule und Abbau von Diskriminierungen** zB aufgrund von Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft oder Religion (bspw. Überarbeitung von Unterrichtsmaterialien, vielfältige Sprachangebote und Schaffung von erstsprachlichem Unterrichtsangebot für SchülerInnen mit nicht-deutscher Erstsprache bei gleichzeitiger Anerkennung von Vielfalt in der Klasse als Chance)
- **Verbesserung der Situation junger Flüchtlinge**, bspw. durch Erhöhung der Betreuungsstandards, Inklusion in die Ausbildungspflicht
- **Flächendeckendes und kostenloses Angebot an Deutschkursen** zur Erlangung ausreichender Sprachkompetenz
- **Ausbau bestehender und Einführung neuer politischer Partizipationsmöglichkeiten für Menschen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft** (bspw. die Einführung des Wahlrechts für Menschen, die seit mind. 10 Jahren ihren Hauptwohnsitz mit faktischem Lebensmittelpunkt in Österreich haben und über ausreichend Deutschkenntnisse verfügen)



## VIII. Gender Equality

Kinder und Jugendliche sollen in einer Welt aufwachsen, in der ihnen gleiche Chancen ermöglicht werden. Das bedeutet auch, dass Frauen und Männer und Buben und Mädchen vollkommen gleichberechtigt in unserer Gesellschaft leben sollen.

**Wir fordern:**

**Gleichberechtigung im Alltag junger Frauen.**

**Das heißt:**

- **Aufbrechen von Geschlechter-Stereotypen** bereits in Kindergarten und Schule, bspw. durch Überarbeitung von Bildungsmaterialien und verstärkte geschlechterspezifische Berufsorientierung
- **Gleichberechtigte Aufteilung unbezahlter Arbeit** und Schaffung eines Karenzmodells, das eine gleichberechtigte Aufteilung der Karenzzeit zwischen Müttern und Vätern fördert, Recht auf Papa-Monat
- **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, Abschaffung des Gender Pay Gap**, anonymisierte Nutzbarmachung der Lohn- und Gehaltsdaten aus der Privatwirtschaft in Anlehnung an den öffentlichen Dienst zur vollständigen Darstellung des Gender Pay Gap
- **Ausgewogenes Geschlechterverhältnis in der nächsten Bundesregierung**, Geschlechterparität soll angestrebt werden
- **Wirksame Strategien gegen sexualisierte und sexistische Bilder** und Berichterstattung in Werbung & Medien



## IX. Netzpolitik und Digitalisierung

Kinder und Jugendliche wachsen in einer digitalen Welt auf. Das Internet ist ein Ort des Zusammenlebens und muss dementsprechend gestaltet werden. Wir müssen gewährleisten, dass sie sich sicher, kompetent und fair in diesem Umfeld bewegen können.

Wir fordern:

**Gutes Zusammenleben in einer digitalen Welt.**

### Das heißt:

- **Verstärkte Medienbildung in Schule und Jugendarbeit**, kritische Auseinandersetzung mit Inhalt und Technik bspw. technische Grundkenntnisse in Programmieren
- **Aktiv gegen Hass im Netz** – Stärkung von Zivilcourage in Schule und Jugendarbeit, sowie konsequente Anwendung der entsprechenden Rechtsmittel
- **Sicherung der Netzneutralität**, also der gleichberechtigten Übertragung von Daten im Netz
- **Breitbandausbau und möglichst niederschwelliger Zugang** zu Internet und v.a. auch öffentlichen Angeboten im digitalen Bereich
- **Keine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung**, Verschlüsselung ist Selbstschutz und darf nicht verfolgt oder untergraben werden.



## X. Leistbares Leben

Kinder und Jugendliche und ihre Eltern müssen sich ein gutes, selbstbestimmtes und gesundes Leben leisten können und auch in Zukunft finanziell abgesichert sein.

Wir fordern:

**Junges Leben in Sicherheit – in Gegenwart und Zukunft.**

### Das heißt:

- **Leistbares Wohnen für Junge** durch spezifische Fördermodelle für das erste Eigenheim (Miete & Eigentum) und Gebührenreformen (bspw. MaklerInnenprovision für MieterInnen)
- **Absicherung des gesetzlichen Pensionssystems:**  
Beibehaltung des Umlageverfahrens, Abschaffung von Pensionsprivilegien, Reduktion der staatlichen Subventionen für die zweite und dritte Säule des Pensionssystems sowie bei der privaten Pensionsvorsorge
- **Durchführung einer aktuellen Kinderkostenstudie** als Basis für abgesicherten Kindesunterhalt und Kindergrundsicherung
- **Zugang zu kostenlosen Freizeit- und Sportangeboten** für Kinder und Jugendliche
- **Umsetzung einer bundesweit einheitlich geregelten, bedarfsorientierten Mindestsicherung** im Sinne einer grundrechtsorientierten Sozialleistung, die zum Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt motiviert





**Kontakt und Rückfragehinweis:**

Mag.<sup>a</sup> Nicole Pesendorfer-Amon

Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: 01/2144499-25

[presse@bjv.at](mailto:presse@bjv.at)

[www.bjv.at](http://www.bjv.at)